

Ein Denkmal außerhalb der Reihe

Der Bundestag will am Freitag eine Gedenkstätte beschließen, die an den NS-Krieg gegen Polen erinnert

Von Stefan Reinecke

Es war lange umstritten – am Freitag wird sich der Bundestag nun voraussichtlich für ein Denkmal für Polen aussprechen. Es soll an den Überfall von Nazi-Deutschland auf Polen 1939 erinnern. Laut Antrag der Union, SPD, FDP und Grüne unterstützen, soll „an prominenter Stelle in Berlin ein Ort entstehen, der den polnischen Opfern des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Besatzung Polens gewidmet ist“. Geplant ist nicht nur ein Denkmal, sondern auch ein Gedenkort, „für zivilgesellschaftliche Aktivitäten wie Jugendarbeit, politische Bildung, Begegnung“.

Die Idee des Polen-Denkmal entwickelte eine Initiative 2017, die unter anderem Dieter Bingen, damals Direktor des Deutschen Polen-Instituts, anregte und die Außenminister Heiko Maas und Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble unterstützten. Die Initiative hat schon einen Vorschlag für den Ort gemacht: den Askanischen Platz in der Mitte von Berlin. Maas spricht am Freitag im Bundestag für die SPD – dass ein Außenminister sich an solchen parlamentarischen Debatten beteiligt, ist ungewöhnlich und ein Zeichen, wie wichtig der Minister selbst die Sache nimmt.

Die Befürworter halten das Denkmal für ein überfälliges

Signal Richtung Warschau. Das deutsch-polnische Verhältnis sei auch historisch anders als das zu anderen osteuropäischen Staaten. Es gehe zudem darum, die „Leerstelle deutscher Erinnerung an die deutsche Besatzungspolitik in Polen“ (Dieter Bingen) zu füllen. SPD-Mann Dietmar Nietan hält das Polen-Denkmal für richtig, weil es angesichts des Hitler-Stalin-Paktes für Polen unzumutbar sei, neben der „Sowjetunion in der Liste der Opfer des „Vernichtungskrieges im Osten“ aufgelistet zu werden“.

Strittig ist das Polen-Denkmal, weil es in einem unklaren Verhältnis zu dem jüngst beschlossenen Dokumentations-

zentrum Deutsche Besatzung in Europa steht. Kritiker haben die Befürchtung, dass es zwischen den Orten eine Art Konkurrenz geben könnte. In dem Antrag heißt es, das Denkmal solle den „besonderen Charakter der deutsch-polnischen Geschichte und der deutsch-polnischen Freundschaft in Europa“ zeigen und brauche daher „einen gesonderten Ort, der getrennt von anderen Gedenkstätten liegt“. Auffällig ist, dass der Gedenkort nicht wie üblich innerhalb der Gedenkstättenkonzeption des Bundes entstehen soll. Für das Polen-Denkmal wird das Auswärtige Amt verantwortlich sein.

meinung + diskussion 12

Kommentar Seite 12:

Stefan Reinecke über neue NS-Erinnerungsorte

Nimm zwei

In Berlin werden, falls die Pläne umgesetzt werden, zwei Gedenkstätten an den Vernichtungskrieg nach 1939 entstehen. Mit dem „Dokumentationszentrum Deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ wird ein Museum des Zweiten Weltkriegs in Berlin gebaut – und vom Auswärtigen Amt eine Gedenkstätte, die an das NS-Regime in Polen erinnert. Damit endet erst mal ein intensiv geführter Streit. Die Befürworter des Besatzungsmuseums wollen den NS-Vernichtungskrieg in den Fokus rücken, die Unterstützer des Polen-Denkmal die spezielle Rolle Polens gestern und heute unterstreichen. Dieser Unterschied hat nichts Banales: Erinnert Berlin an alle Opfer der deutschen Besatzung oder vor allem an die polnischen? Setzt Berlin auf ein postnationales oder ein nationales Konzept?

Nun baut man einfach beides, hübsch separiert: das Besatzungsmuseum wird Teil der Gedenkstättenkonzeption des Bundes sein, das Denkmal für Polen hingegen institutionell sichtbar als außenpolitische Geste. Ist das ein kluger Kompromiss? Den hätte

es geben können. Die Stiftung Denkmal und das Deutsche Polen-Institut haben vorgeschlagen, beides zu fusionieren. Das wäre eine kreative Lösung gewesen. Doch sie ist gescheitert – vor allem am Widerstand der Befürworter eines Polen-Denkmal, die unbedingt ihr Denkmal wollen.

Bei dem jetzigen Modell kann man nur hoffen. Zu befürchten ist, dass das Polen-Denkmal in anderen osteuropäischen Regionen die sinnlosen und unproduktiven Rituale nationalistisch gefärbter Opferkonkurrenz in Gang setzt. Das kann gerade in Berlin niemand wollen und würde einer Erinnerungspolitik, die auf Versöhnung und auf diskursive Verflüssigungen zielt, Hohn sprechen. Die Gedenkdebatte hat bislang nicht nur in Deutschland nur in Fachkreisen Aufmerksamkeit gefunden – die politischen Öffentlichkeiten sind bislang weitgehend desinteressiert. Das ist unter dem Aspekt, dass zu viel Aufmerksamkeit womöglich schädlich wäre, auf bizarre Weise beruhigend.

inland 6